

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
29. Sitzung des Rates der Stadt Haan
am Dienstag, dem 15.10.2013 um 17:00 Uhr
im Pädagogischen Zentrum Adler Straße

Beginn:
17:00

Ende:
19:39

Vorsitz

Bürgermeister Knut vom Bovert

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann
Stv. Peter Bartz
Stv. Mantoy Becker
Stv. Ursula Borgmann
Stv. Harald Giebels
Stv. Wolfgang Goeken
Stv. Marlies Goetze
Stv. Udo Greeff
Stv. Dr. Dieter Gräßler
Stv. Gerd Holberg
Stv. Jens Lemke
Stv. Klaus Mentrop
Stv. Monika Morwind
Stv. Brigitte Taschke
Stv. Andreas Wasgien
Stv. Rainer Wetterau

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus
Stv. Jörg Dürr
Stv. Juliane Eichler
Stv. Uwe Elker
Stv. Ulrich Klaus
Stv. Jens Niklaus
Stv. Michael Schneider
Stv. Bernd Stracke
Stv. Alexander Viemann
Stv. Ute Wollmann

FDP-Fraktion

Stv. Friedhelm Kohl
Stv. Dirk Raabe
Stv. Michael Ruppert
Stv. Ingrid Schüffner
Stv. Patrick Sobbe

ab TOP 2

Stv. Klaus Straßburg
Stv. Arnd Vossieg

GAL-Fraktion

Stv. Petra Lerch
Stv. Jörg-Uwe Pieper
Stv. Andreas Rehm
Stv. Elke Zerhusen-Elker

UWG-Fraktion

Stv. Robert Abel
Stv. Annelie Mainzer-Besche

Die Linke

Stv. Michael Henchoz

Fraktionslose Ratsmitglieder

Stv. Meike Lukat

Schriftführer

VA Fabian Beyer

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
Beigeordnete/r Engin Alparslan
StORR Michael Rennert
StOVR Willi Terhardt
Herr Martin Hillebrand

Gäste

Herr Dersch
Herr Dr. Friedhelm Reisewitz
Herr Karlo Sattler

Der Vorsitzende Knut vom Bover eröffnet um 17:00 Uhr die 29. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Bgm. vom Bover verpflichtet das neue Ratsmitglied Jens Niklaus.

Weiterhin verweist er auf die neue Tagesordnung, bei der TOP 16 als Personalangelegenheit im nicht-öffentlichen Teil als TOP 19 zu beraten sei. Analog zur Sitzung des HFA seien die TOP 12 und 13 von der Tagesordnung zu nehmen, da sich der Sozialausschuss eine weitere Beratung vorbehalten habe. Einen Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion bzgl. der Harz-Nutzung sortiere er als TOP 17.1 in die Tagesordnung ein.

Auf Antrag des **Stv. Lemke** wird der Dringlichkeitsantrag im Hinblick auf die anwesenden Besucher einvernehmlich auf TOP 2 vorgezogen.

Bgm. vom Bover begrüßt Herrn Dersch als Vertreter der Kreispolizeibehörde und schlägt vor, die Beratungspunkte zur „Citystreife“ unmittelbar auf den Dringlichkeitsantrag folgend als TOP 3 zu beraten.

Auch hierzu besteht Einvernehmen.

Öffentliche Sitzung

1./ Fragerecht für Einwohner

Protokoll:

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2./ Harzeinsatz

- hier: Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 15.10.2013

Protokoll:

Stv. Dr. Gräßler erläutert den Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion (Anlage 2).

Stv. Stracke erklärt für die SPD-Fraktion, diesen Antrag zu unterstützen und bittet darum, das Testspiel unter enger Abstimmung mit der Verwaltung anzusetzen und

durchzuführen. Der SPD-Fraktion sei daran gelegen, dass sämtliche Harzspuren bis zum Beginn des Schulsports am Montagmorgen entfernt seien.

Stv. Lukat betont, die Haftmittel-Problematik sei lange bekannt gewesen, nun komme endlich Bewegung in die Sache. Sie verweist auf ihren morgen zur Sitzung des Schul- und Sportausschusses gestellten Antrag.

Stv. Rehm und die GAL-Fraktion vermissen eine Stellungnahme der Verwaltung bzw. des Gebäudemanagements zur Kostenfrage.

Bgo. Alparslan macht deutlich, dass auch diese nun zu testende Variante erhebliche Reinigungskosten nach sich ziehen werde. Auf weitere Nachfrage von Stv. Henchoz fügt er an, dass diese nicht zuletzt aus Wochenend- und Nachtzuschlägen herrührten.

Auf die Einwürfe der Stv. Lukat und Lerch, warum keine Reinigungsvereinbarungen unter Kostenbelastung der Vereine getroffen würde, erklärt **Bgm. vom Bovert**, die ordnungsgemäße Reinigung liege dann nicht mehr in den Händen der Stadt. Grundsätzlich gibt er zu bedenken, dass im Falle eines positiven Ausgangs des Feldversuches alle Vereine das gleiche Recht in Anspruch nehmen wollten und dann künftig nicht mehr verfizierbar sei, wer welche Verschmutzung zu verantworten habe. Weiterhin glaube er unter den genannten Bedingungen (Abhängen von Wänden und Prallschutz) nicht an einen realistischen Feldversuch. Der Rat habe die Verantwortung für diese Entscheidung zu tragen und müsse sich fragen lassen, inwieweit derartige Kosten im Hinblick auf den Haushaltsausgleich im Jahre 2020 und die anhängigen weiteren Projekte angemessen seien.

Stv. Giebels führt aus, der Spitzensport solle auch in Haan weiter möglich sein. Die Unitas habe angeboten, den Mehraufwand zu übernehmen. Das Ergebnis des Feldversuchs sei abzuwarten.

Stv. Vossieg bittet die Verwaltung darum, beim Handballverband in Erfahrung zu bringen, ob tatsächlich in allen anderen Hallen der Liga das Harzen erlaubt sei.

Bgm. vom Bovert erklärt, eine Nachfrage der Verwaltung habe ergeben, dass der Verband dies den Halleneigentümern überlasse.

Beschluss:

„Es wird ein Testspiel der 1. Mannschaft der Unitas Haan mit wasserlöslichem Harz am 2. November 2013 durchgeführt. Die evtl. für den Test entstehenden zusätzlichen Reinigungskosten übernimmt die Unitas Haan e.V. Über die Ergebnisse des Tests wird in der nächsten Ratssitzung am 17.12.2013 berichtet. Bei positivem Ergebnis macht die Verwaltung einen Vorschlag zum Einsatz dieses Harzes für Handballspiele der Seniorenmannschaften ab der Handball-Verbandsliga aufwärts.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3./ Citystreife

3.1. Bericht der Verwaltung zum Einsatz der Citystreife / Vorlage: 32-2/023/2013

Protokoll:

Stv. Lukat kritisiert, mit der Einführung der City-Streife seien hoheitliche Aufgaben auf einen privaten Dritten abgewälzt worden. Die Beantwortung vieler ihrer Anfragen sei die Verwaltung schuldig geblieben. So möchte sie wissen, inwieweit die Verwaltung Statistiken zu den Einsatzzahlen / Auffälligkeiten erhoben habe, um einen Nachweis für die Aussage führen zu können, es habe weniger Einsätze / Auffälligkeiten gegeben.

Stv. Rehm erkundigt sich, ob die City-Streife alkoholisierte Jugendliche tatsächlich allein nach Hause geschickt habe und ob im damaligen Ratsbeschluss zur Einführung der City-Streife auch der Ortsteil Gruitzen inbegriffen gewesen sei.

StORR Rennert erklärt, der Sicherheitsdienst habe nicht die Aufgabe, die Jugendlichen vor dem Haus der Eltern abzuliefern. Die Einbeziehung des Ortsteils Gruitzen in den Tätigkeitsbereich der Citystreife sei Bestandteil des Ratsbeschlusses hierzu.

Herr Dersch ergänzt, dass die Begleitung alkoholisierter Jugendlicher auch davon abhängig gemacht werde, wie angetrunken der Jugendliche tatsächlich sei und damit ob er auf dem Weg nach Hause eine Gefahr für sich oder andere Menschen darstelle. Ganz allgemein berichtet er von einer guten Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsdienst und Polizei und einer frühzeitigen Zuhilfenahme der Polizei, wenn dies erforderlich sei.

Stv. Lemke erklärt, nur positive Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten zu haben. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Haaner insbesondere an dunklen Orten sei gestiegen.

Auch **Bgm. vom Bover** bekräftigt, an ihn sei keinerlei Beschwerde über das Auftreten oder die Tätigkeit des Sicherheitsdienstes herangetragen worden.

Stv. Schneider mahnt, dass eine rechtliche Überprüfung der Handlungsweisen dennoch richtig und wichtig sei.

Stv. Lukat moniert, dass dem Rat bis heute keine Dienstanweisung des Unternehmens vorliege. Dies sei aber rechtlich verbindlich, wenn die Mitarbeiter Hieb- und Stoßwaffen mitführten.

StORR Rennert führt aus, bei Dienstanweisungen handele es sich um betriebsinterne Anweisungen an die Beschäftigten, die nicht veröffentlicht würden. Für die diesbezügliche Kontrolle sei die Überwachungsbehörde im Bezirk des Unternehmenssitzes zuständig.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**3.2. Rechtsgrundlagen der Tätigkeiten der Citystreife
/ - hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.09.2013
Vorlage: 32-2/024/2013**

Protokoll:

Stv. Schneider beanstandet die Antwort der Verwaltung zu Frage 5 der SPD-Anfrage. Auch unter dem Vorwand der Förderung des Jugendschutzes sei die Forderung nach freiwilliger Öffnung von Taschen oder Handtaschen ein grundrechtsrelevanter Eingriff, der nicht zu tolerieren sei. Allein das Auftreten der Mitarbeiter mache gerade bei jüngeren Jugendlichen entsprechend Eindruck, so dass oft von einer Freiwilligkeit bei Öffnen der Taschen nicht gesprochen werden könne.

Herr Dersch versichert, das Gewaltmonopol bleibe in jedem Fall bei der Polizei.

Beschluss:

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**4./ Solidaritätsumlage
- hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2013
Vorlage: II/013/2013/1**

Protokoll:

Bgm. vom Bover eröffnet mit dem Hinweis auf die heutige Anhörung zum geplanten Gesetz im Landtag, deren Ergebnis noch nicht bekannt sei. Morgen träfen sich die Bürgermeister des Kreises bei Düsseldorf's Oberbürgermeister Elbers. Ziel sei es, den Widerstand gegen das geplante Gesetz aufrecht zu erhalten.

Stv. Ruppert verdeutlicht noch einmal, dass es im Kern um die Frage gehe, ob der Ansatz der Berechnung gerecht gewählt sei. Dies sei aus den bereits dargelegten Gründen zu verneinen. Es gehe hier und heute darum, die Verwaltung für den Fall zu ermächtigen in ein Klageverfahren einzutreten, falls das Gesetz so in Kraft trete.

Stv. Stracke erläutert den alternativen Entschließungsantrag der SPD-Fraktion (Anlage 3). Danach befürworte die SPD-Fraktion die angestrebte Klage nicht, weil das Gesetz noch gar nicht vorliege und eine Klage nur die Fronten verhärte. Gleichwohl sei der für Haan berechnete Beitrag zu hoch. Ziel müsse es sein, über Gespräche mit dem Innenminister eine Reduzierung der Forderungen zu erreichen. Es dürften nicht die Augen davor verschlossen werden, dass die hohen Soziallasten zu den Schulden vieler Städte geführt hätten, die jetzt auch auf die Solidarität Haans angewiesen seien. Das Konnexitätsprinzip müsse wieder gelten.

Stv. Rehm findet den SPD-Antrag unterstützenswert. Jede Fraktion sollte über ihre Landtagsabgeordneten entsprechend Druck auf die Landesregierung ausüben. Allerdings verschließe sich die GAL-Fraktion einer Klärung der Rechtmäßigkeit der geplanten Maßnahme nicht.

Stv. Giebels erinnert daran, dass die Stadt Haan jahrelang Solidarität mit anderen Kommunen durch den Verzicht auf die Schlüsselzuweisungen des Landes geübt habe. Die gestiegenen Kassenkredite bei den Nehmerkommunen bewiesen zudem, dass das Stärkungspaktgesetz nicht wirke. Durch die Abgabe werde die grundgesetzlich zugesicherte kommunale Selbstverwaltung Haans gefährdet. Die Berechnungsgrundlage knüpfe nicht an die tatsächliche Leistungsfähigkeit der Kommunen an. Angesichts vieler neuer Infrastruktur-Projekte der Nehmerkommunen sei die Frage berechtigt, ob diese überhaupt bedürftig seien. Der vorgelegte Entschließungsantrag sei reine Partei-Politik. Die Fraktion Haan müsse sich wehren.

Stv. Lukat erklärt, dem Beschlussvorschlag der Vorlage folgen zu wollen. Bereits heute zahle die Stadt Haan 2,1 Mio. € als Solidarumlage an den Bund.

Stv. Rehm betont, die GAL-Fraktion werde nur zustimmen, um Rechtssicherheit zu erlangen. Als generelle Ablehnung der Solidaritätsumlage wolle man dies aber nicht verstanden wissen.

Stv. Stracke appelliert, den CDU-Antrag zurückzustellen, dieser könne immer noch gestellt werden. Wenn der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion eine Mehrheit finde, werde die SPD-Fraktion für den Fall des Scheiterns der Gespräche darüber nachdenken, den CDU-Antrag zu unterstützen.

Stv. Abel stellt für die UWG-Fraktion klar, es müsse eine Entscheidung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger Haans getroffen werden. Die Vergangenheit habe gezeigt, dass Beträge nicht durch Gespräche reduziert werden könnten.

Da der Beschlussvorschlag der Vorlage der weitergehende ist, wird zunächst hierüber abgestimmt.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird ermächtigt, zu gegebener Zeit in ein Klageverfahren einzutreten.“

Abstimmungsergebnis:

32 Ja- und 10 Nein-Stimmen

**5./ Energiewende ohne Fracking; Korbacher Resolution
- hier: Eingabe gem. § 24 Gemeindeordnung NRW
Vorlage: 10/172/2013**

Protokoll:

Stv. Rehm erläutert den Alternativbeschluss der GAL-Fraktion. Darin werde im Besonderen darauf hingewiesen, dass reines Grundwasser ein hohes Gut sei und Haan als Gartenstadt ein besonderes Zeichen gegen das Fracking setzen sollte.

Stv. Ruppert sieht einen allgemeinpolitisch motivierten Hintergrund für den Alternativantrag und erinnert daran, dass der Rat nur die Angelegenheiten Haans zu würdigen habe.

Stv. Lemke streicht heraus, auch die CDU-Fraktion halte die Technologie des Frackings für gefährlich, stimme ansonsten aber der Einlassung seitens der FDP-Fraktion zu.

Stv. Stracke erklärt für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum GAL-Antrag. Es gehe darum, dass Fracking grundsätzlich abzulehnen sei, da es zumindest eine mittelbare Bedrohung für Haan darstelle. Dabei gehe es neben Bohrungen auch um Veränderungen des Landschaftsbildes.

Der weitergehende Alternativantrag der GAL-Fraktion wird mit 16 Ja- und 25 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan nimmt die Eingabe der Herren Thiele und Mohr zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja- und 12 Nein-Stimmen

6./ Entlastung der Sparkassenorgane der Stadt-Sparkasse Haan für das Geschäftsjahr 2012
Vorlage: 20/037/2013

Protokoll:

Stv. Lukat berichtet, das Finanzministerium des Landes NRW habe kritisiert, dass die Stadt-Sparkasse Haan die Vorstandsgehälter nicht offen gelegt habe.

Die Sitzung wird durch Bgm. vom Boverit kurz unterbrochen, um Herrn Wetterau die Gelegenheit zu geben, in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadt-Sparkasse Haan hierzu Stellung zu nehmen.

Herr Wetterau führt aus, diese Auflage sei rechtlich umstritten, dennoch habe sich der Aufsichtsrat dazu entschlossen, diese Auflage künftig zu beachten.

Beschluss:

„Den Organen der Stadt-Sparkasse Haan, und zwar

- dem Verwaltungsrat

und

- dem Vorstand

wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

(die Stv. Wetterau, Kohl, Drennhaus, Bartz, Giebels, Greeff, Vossieg, Goetze, Raabe, Sobbe, Schneider, Wollmann, Lerch und Pieper haben weder an Beratung noch Abstimmung teilgenommen)

7./ Jahresüberschuss der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2012
Vorlage: 20/038/2013

Protokoll:

Bgm. vom Boverit weist auf den neuen Beschlussvorschlag der Ergänzungsvorlage hin. Er danke Stv. Vossieg für einen entsprechenden Hinweis. Grund für den kompletten Verzicht seien die Basel III-Vorgaben, wonach die Sparkassen eine Verdoppelung der Sicherungseinlagen bis zum Jahre 2019 zu bewirken hätten.

Beschluss:

„Auf den ausschüttungsfähigen Gewinn der Stadt-Sparkasse Haan aus dem Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 941.304,96 € wird verzichtet. Der Betrag wird der Sicherheitsrücklage der Stadt-Sparkasse Haan zugeführt. Somit ist gemäß § 25 Abs. 1 Buchstabe c) SpkG der volle Bilanzgewinn in Höhe von 941.304,96 € der Sicherheitsrücklage zuzuführen.“

Abstimmungsergebnis:

38 Ja- und 4 Nein-Stimmen

**8./ Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Haan
Vorlage: 20/039/2013**

Beschluss:

Der Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Stadt Haan wird zur Kenntnis genommen und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**9./ 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 162 "Niederbergische Allee" als Bebauungsplan der Innenentwicklung, § 13a BauGB
hier: - Beschluss über die abgegebenen Stellungnahmen, § 3 (2) BauGB
- Satzungsbeschluss, § 10 (1) BauGB
Vorlage: 61/133/2013**

Beschluss:

„1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 13a Abs. 1 Satz 2, Nr. 2 BauGB sowie über die in der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB vorgelegten Stellungnahmen wird entsprechend dem Ergebnis der Prüfung in dieser Sitzungsvorlage entschieden.

2. Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 162 „Niederbergische Allee“ in der Fassung vom 03.09.2013 wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung in der Fassung vom 03.09.2013 wird zugestimmt.

Das Plangebiet umfasst ganz oder teilweise die Flurstücke Gemarkung Haan, Flur 6, Flurstücke 1074 und 1082. Die genaue Abgrenzung des Geltungsbereichs

ergibt sich aus der Planzeichnung.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**10./ Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes - Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 050200 "Hilfen nach AsylbLG
Vorlage: 51/132/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt nach § 83 Abs. 2 GO NRW der Leistung der überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 050200 „Hilfen nach AsylbLG“ bei der Aufwandsart „Transferaufwendungen“ in Höhe von 174.000 Euro zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**11./ Rederecht in Ratsausschüssen der Stadt Haan
- hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 24.09.2013 und Antrag des Seniorenbeirates vom 30.09.2013
Vorlage: 10/175/2013**

Beschluss:

Dem Entwurf der Änderungssatzung gemäß Anlage 3 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**12./ Stellungnahme zum Antrag von Stv. Frau Lukat vom 30.07.2013 - Skat- und Bike-Anlage Landstraße
Vorlage: 51/129/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die im Haushalt 2013 im Produktsachkonto 060220 „Einrichtungen der Jugendarbeit“ bei der Aufwandsart 52.10.11 „Unterhaltung Kinderspielplätze“ bereitstehenden Mittel von 2.500 € für die Errichtung einer BMX-Strecke auf dem Gelände der Skateranlage Landstraße einzusetzen, die Ausführungsarbeiten in den Herbstferien 2013 vorzunehmen und in diesem Zusammenhang die Erneuerung des Grillplatzes zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**13./ "Internationale Gärten" - Integration mit Gartenstadtcharakter - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 26.04.2013
Vorlage: 51/136/2013**

Protokoll:

Der Sozialausschuss hat sich eine weitere Beratung in seiner nächsten Sitzung vorbehalten, daher gelangt dieser TOP nicht zur Beratung.

**14./ "Haaner Tafel am Leben erhalten" - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 12.08.2013
Vorlage: 51/133/2013**

Protokoll:

Der Sozialausschuss hat sich eine weitere Beratung in seiner nächsten Sitzung vorbehalten, daher gelangt dieser TOP nicht zur Beratung.

**15./ "Teilhabe behinderter Menschen in Haan ermöglichen" - Barrierefreie Mobilität - Barrierfrei im Verkehrsraum - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 27.07.2013
Vorlage: 51/134/2013**

Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung der Vorlage 51/134/2013 die vorliegende Aufstellung der Interessengemeinschaft blinder und sehbehinderter Menschen in Haan hinsichtlich der Umsetzbarkeit mit Prioritäten aufzuarbeiten und dem Sozialausschuss am 13.11.2013 hierüber zu berichten. Der Umsetzungsstand zu der Vorschlagslisten des Seniorenbeirates ist ebenso vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**16./ "Gesamtunterbringungskonzept städtische Unterkünfte in Haan" - Antrag von Stv. Frau Lukat vom 12.08.2013
Vorlage: 51/135/2013**

Beschluss:

„Die Verwaltung hat ein Gesamtunterbringungskonzept zu den städtischen Unterkünften in Haan bis zum 30.11.2013 vorzulegen. Hierin sollen auch die finanzielle Auswirkungen u. a. der einzelnen Unterkünfte für die Stadt zusammenfassend dargelegt werden.“

Abstimmungsergebnis:

15 Ja- und 24 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen

**16. Erweiterung Städtische Unterkünfte, Übergangwohnheime / Standort Eilscheid - Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen im Produkt 100400 "Städt. Unterkünfte, Übergangwohnheime"
Vorlage: II/014/2013**

Protokoll:

Stv. Rehm verdeutlicht für die GAL-Fraktion, dass man der Vorlage nur zähneknirschend zustimme, weil eine Konzeption zur zukünftigen Unterbringung von Flüchtlingen fehle.

1. Bgo. Formella erklärt, bereits im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanberatungen habe die Verwaltung detailliert dargelegt, dass aufgrund der finanziellen Situation der Stadt keine Finanzmittel für den Bau von Unterkünften zur Verfügung stünden. Der Rat habe viele Alternativen diskutiert und eine gründliche Abwägung vorgenommen. Zwischenzeitlich habe die Verwaltung in Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Haushalt 2013 die Scheune am Standort Ellscheid abgerissen, um Platz für eine weitere Containerlösung zu schaffen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt nach § 83 Abs. 2 GO NRW der Leistung der überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen im Produkt 100400 „Städt. Unterkünfte, Übergangwohnheime“ bei der Aufwandsart „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ in Höhe von 120.000 Euro vorbehaltlich des noch durchzuführenden Vergabeverfahrens zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

17./ Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 10/180/2013

Beschluss:

Im Schul-und Sportausschuss wird Herr Jürgen Boes durch Frau Simone Kunkel-Grätz ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

18./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Stv. Lukat fragt, aus welchem Grund die zugesagte Ersatzpflanzung im Bereich der Pumpstation noch nicht erfolgt sei.

Bgo. Alparslan verweist auf eine schwebende juristische Auseinandersetzung mit dem Erschließungsträger, zu er sich im Moment nicht äußern könne.

Stv. Schneider mahnt die Beantwortung seiner Anfrage bzgl. Dringlichkeitsentschei-

dung an.

StORR Rennert erklärt, die Beantwortung sei zu Protokoll erfolgt.

Stv. Lukat moniert die weiterhin fehlende Stellungnahme der Verwaltung zu ihrer Anfrage bzgl. Technologiepark.

Nachdem Bgm. vom Boverl ihr bedeutet, die Beantwortung sei zur kommenden Sitzung des WLA vorgesehen, ersucht sie unter Hinweis auf die ausgefallene Sitzung des WLA im September um die sofortige Beantwortung.

Stellungnahme der Verwaltung:

siehe Vorlage 23/093/2013 und 23/093/2013/1

19./ Mitteilungen

Protokoll:

Stv. Rehm teilt mit, dass die GAL-Homepage einen Link zur Korbacher Resolution anbiete und bittet jedes Ratsmitglied, sich dort aktiv gegen Fracking zu beteiligen.

Bgm. vom Boverl macht auf die Mitteilung der Verwaltung bzgl. der freien Position einer Schiedsperson aufmerksam (Anlage 1).

19. Barrierefreier Umbau Bahnhof Haan-Gruiten

1./ hier: Sachstandsbericht

Vorlage: 61/139/2013

Protokoll:

Bgm. vom Boverl teilt mit, die Verwaltung habe einem Beschluss des BVVFA vom 19.09.2013 folgend, eine Tischvorlage erstellt, in welcher der aktuelle Sachstand zu den Bemühungen der Verwaltung dargelegt werde.

Stv. Abel bedankt sich seitens der UWG-Fraktion für die Mühen der Verwaltung und nimmt die negative Tendenz zur Kenntnis. Die UWG-Fraktion werde aber nicht aufgeben und zeitig einen neuen Beschlussvorschlag in die politische Beratung einbringen.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht zum barrierefreien Umbau Bahnhof Haan-Gruiten wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich